

Wirtschafts- und Sozialpolitik in Schweden

Autor(en): **Weber, Max**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **30 (1938)**

Heft 7: **Skandinavien**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352906>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lande einzudämmen suchen. Ein Gesetz, das für alle Arbeiter bezahlte Ferien sichert, steht vor der Tür.

Am problematischsten ist vielleicht gegenwärtig die Handelspolitik Dänemarks. Die Regierung und auch die Gewerkschaften halten trotz aller Bedenken an der Valutaregelung fest. Sicherlich wirkt diese konsumverteuernd. Trotzdem ist sie zur Zeit noch unentbehrlich. Man begnügt sich mit dem Versuch, sie elastischer zu gestalten. Unglücklicherweise ist die Entwicklung des dänischen Agrarexports an einem Punkte angelangt, an dem die Fortführung des bisherigen Kurses den Stand der dänischen Industrie gefährdet, und damit die Beschäftigungslage. Der zukünftige Kurs steht noch nicht sicher fest. Dänemark ist ein Bauernland, und Stauning, mit seinem feinen politischen Instinkt, will nicht gegen die Bauern regieren. Irgendwann hofft er, mit der Bauernschaft — vermutlich mit der sich allmählich entwickelnden neuen gewerkschaftsähnlichen Wirtschaftsorganisation, die aus der oppositionellen Bauernbewegung entsteht — zu einem Kompromiss zu kommen. Seine Landwirtschaftspolitik, die bewusst das Kleinbauernelement stützt, arbeitet in derselben Richtung.

Auch die dänische Arbeiterbewegung kennt einen ideologischen Kampf. Stauning und mit ihm grosse Teile der Partei befürworten eine Art obligatorisches Schiedsgericht in Arbeitskonflikten. Stauning hat schon mehrmals in Lohnkonflikten eingegriffen (1935 Schlächtereinkonflikt, 1936 Aussperrung; in beiden Fällen griff die Staatsmacht ein, um das planmässige Wirtschaftsleben Dänemarks, besonders seine Lieferungsverpflichtungen, zu sichern). Die Gewerkschaften aber verteidigen ihre Freiheit und lehnen jede Einmischung einer dritten Stelle ab. Sie stehen auf dem Standpunkt, dass es keinen Massstab für die Löhne gibt und dass in der kapitalistischen Wirtschaft, die den Unternehmergewinn unbehindert lässt, auch die Löhne frei geregelt werden müssen. Vermutlich wird in dieser Auseinandersetzung keine endgültige, grundsätzliche Regelung getroffen werden. Man ist in Dänemark zu elastisch und zu realpolitisch eingestellt, um Prinzipien auszukämpfen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik in Schweden.

Von Max Weber.

Die grosse Weltwirtschaftskrise hat Schweden in den ersten Jahren stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Zahl der Arbeitslosen stieg gewaltig an. Als im September 1931 England seine Währung abwertete, musste Schweden sofort nachfolgen, da es, ähnlich wie Dänemark, stark angewiesen ist auf den Absatz seiner Produkte in England. Doch mit der Abwertung der Krone war das Ende der Krise noch nicht erreicht. Die damalige bürgerliche Regierung

verfolgte auch nachher noch deflationistische Tendenzen. Die Löhne des Staatspersonals wurden abgebaut und auch in der Privatwirtschaft dauerten die Bestrebungen nach Senkung der Löhne zunächst an.

Eine W e n d u n g trat erst von 1933 an ein. Im Herbst 1932 war die Sozialdemokratie zur Macht gelangt. In langen Verhandlungen hat sie hierauf mit der Bauernpartei ein Programm zur Ueberwindung der Krise aufgestellt. Nach den Grundsätzen dieses Programms und dieser Verständigung zwischen Arbeiter- und Bauernbewegung ist seither in Schweden regiert worden.

Das allgemeine Ziel dieser neuen Wirtschaftspolitik in Schweden ist die Erhaltung und die Erhöhung der Kaufkraft der breiten Massen des Volkes. Das bedeutet einerseits Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft, andererseits zugunsten der Industriebevölkerung.

Die Agrarpolitik der schwedischen Arbeiterregierung verfolgte von Anfang an das Ziel, die stark gesunkenen Preise der landwirtschaftlichen Produkte wieder auf eine Höhe zu bringen, die den Bauern die Verzinsung ihrer Schulden und ein angemessenes Arbeitseinkommen sichern konnte. Das wurde natürlich durch die Senkung des Kronenkurses bedeutend erleichtert; die Abwertung wird denn auch von der Regierung selbst als die V o r a u s s e t z u n g der neuen Politik betrachtet. Es mussten aber noch andere Eingriffe dazu kommen. Auf allen Gebieten wurden Massnahmen zur Sicherung der Preise beschlossen, die in jedem einzelnen Falle den gegebenen Umständen Rechnung trugen. Bei den Agrarprodukten, die vornehmlich im Inland abgesetzt werden, wurden die Preise gestützt oder sogar gehoben. Das war beispielsweise der Fall für Getreide und Milch, auch für Zuckerrüben wurde ein Garantiepreis festgesetzt. Jene Produktionszweige, die für den Absatz im Ausland arbeiteten, wurden durch Zuschüsse begünstigt; so wurden Exportprämien für Butter und Eier gewährt.

Nun könnte man vielleicht sagen, dass diese Politik sich nicht wesentlich unterscheide von der Agrarpolitik, die in der Schweiz in den letzten Jahren betrieben wurde. Und doch ist ein grundlegender Unterschied zwischen der schwedischen und schweizerischen Agrarpolitik vorhanden. Einmal erfolgten die schwedischen Massnahmen zur Stützung und Hebung des landwirtschaftlichen Preisniveaus und damit des Einkommens der Bauernbevölkerung viel z i e l b e w u s s t e r als bei uns, und sie wurden auch nicht durch entgegengerichtete Massnahmen wieder abgeschwächt. Ausserdem — und das ist vor allem das wesentliche — ist in Schweden durch die Lohn- und Sozialpolitik auch wirklich die Voraussetzung geschaffen worden, die eine erfolgreiche Landwirtschaftspolitik erst möglich gemacht hat. In der Schweiz dagegen hat man im Gegenteil die Kaufkraft der Konsumenten landwirtschaftlicher Produkte systematisch geschwächt und damit die Wirksamkeit der agrarpolitischen Massnahmen schwer beeinträchtigt.

Die Massnahmen zugunsten der Industriebevölkerung bestanden insbesondere in der öffentlichen Arbeitsbeschaffung und im Ausbau der Sozialversicherung. Beides mit dem Ziel, das Einkommen der Arbeitnehmerschaft zu erhalten und womöglich zu steigern. Auf dem Gebiete der öffentlichen Arbeitsbeschaffung hat Schweden in den Jahren 1933 bis 1936 Grosses geleistet. Der Staat hat vor allem selbst grosse Arbeiten durchgeführt, in erster Linie solche, die dem Ausbau des Verkehrsapparates dienten (zum Beispiel Ausbau der Häfen, Kanäle, Elektrifizierung, Strassenbauten). Daneben wurden Bauten der Gemeinden und auch von Privaten gefördert durch Beiträge. Auch die Erstellung von Wohnungen wurde begünstigt. Auf diese Weise ist es gelungen, die Zahl der Arbeitslosen von annähernd 200,000 zurückzuführen bis auf etwa 40,000 im Sommer des letzten Jahres. Ferner wurden grosse Anstrengungen unternommen, um die sogenannte strukturelle Arbeitslosigkeit, die sich aus den Veränderungen im Aufbau der gesamten Volkswirtschaft ergab, zum Verschwinden zu bringen. Schweden hat zwar (wie auch die Schweiz) keine grossen strukturellen Störungen erlebt, im Gegensatz etwa zu England. Die bedeutendste Arbeitslosigkeit, die diesen Ursachen entsprang, betrifft die Steinbrucharbeiter, die wegen Ersatz der Strassenpflasterung durch Teerung nicht mehr genügend Arbeit finden. Hier setzten besondere Bemühungen ein, um eine Umstellung dieser Arbeiter auf andere Berufe herbeizuführen. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung verdient vor allem die Unterstützung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen mit staatlichen Beiträgen Erwähnung, die erst während der Krise eingeführt und in der Folge noch weiter ausgebaut worden ist.

In engem Zusammenhang mit den erwähnten Massnahmen steht aber auch die Finanz- und Kreditpolitik der schwedischen Regierung. Die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung erfolgte auf einem Wege, der die Kaufkraft der untern Volksschichten schonte. Es wurde eine Krisensteuer aus grossen Vermögen und Einkommen eingeführt; die Erbschaftssteuer wurde erhöht. Der grösste Teil der Mittel für die Arbeitsbeschaffung wurde jedoch durch Aufnahme von Anleihen beschafft. In Schweden hat ja vor allem diese Finanzpolitik Eingang gefunden, die den starren Ausgleich des staatlichen Jahresbudgets ablehnt und erklärt, der Staatshaushalt müsse wohl ausgeglichen sein, aber das müsse nicht in einem Jahr erfolgen, sondern in einem längeren Zeitraum, damit auf die Konjunkturschwankungen Rücksicht genommen werden könne. Die schwedische Regierung hat es tatsächlich fertig gebracht, in den schweren Krisenjahren grosse Mittel zur Krisenbekämpfung einzusetzen, die nicht, jedenfalls nicht sofort, von der Konsumkraft des Volkes weggenommen wurden. Schon wenige Jahre nachher konnte infolge Besserung der Wirtschaftslage mit der raschen Abzahlung der Arbeitsbeschaffungsschuld begonnen werden.

Zur Ermöglichung dieser Politik gehören aber auch entsprechende Massnahmen auf dem Kapitalmarkt. Hier hat die Abwertung und die Beendigung der Deflation zu einem grossen Kapitalangebot und einer Senkung des Zinsfusses geführt. Die Regierung konnte daher ihren Geldbedarf zu sehr günstigen Bedingungen decken. Die 3prozentige Staatsanleihe war schon die Regel, als bei uns Bund und Bundesbahnen froh sein mussten, wenn sie zu 4½ oder 5 Prozent Geld aufnehmen konnten.

Kennzeichnend für die schwedische Krisenpolitik ist nicht die eine oder andere Massnahme für sich, sondern das systematische Zusammenwirken der Wirtschafts-, Finanz-, Währungs- und Sozialpolitik. Deshalb sind die einzelnen staatlichen Eingriffe gar nicht so weitgehend, wie man sich vielleicht vorstellt. Allein ihr Zusammenwirken in einem einheitlichen Plan mit derselben Zielsetzung hat zum Erfolg geführt. Man kann feststellen, dass die Politik der schwedischen Regierung das Ziel, das sie sich 1932 gesteckt hat, fünf Jahre später weitgehend erreicht hatte. Die Arbeitslosigkeit ist auf einen verhältnismässig bescheidenen Rest zurückgegangen. Das Einkommen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dasjenige der Arbeitnehmer hat sich gehoben. Auch wenn keine zuverlässigen Vergleichszahlen zur Verfügung stehen, so darf doch angenommen werden, dass die schwedischen Bauern einen höheren Arbeitsverdienst erhalten als die schweizerischen Landwirte. Die Verdienste der Industriearbeiterschaft sind mindestens so hoch, wahrscheinlich aber etwas höher, als in der Schweiz. Der durchschnittliche Stundenverdienst wird in einer schwedischen Lohnstatistik mit 1.12 Kronen angegeben für 1936, das sind 1.25 Fr. Das durchschnittliche Jahreseinkommen der Industriearbeiterschaft (auf Grund von mehr als 300,000 Lohnangaben) betrug im gleichen Jahre 2511 Kronen oder rund 2800 Fr. Nach den Angaben des Arbeitgeberverbandes schweizerischer Maschinen- und Metallindustrieller betragen die Stundenverdienste der erwachsenen männlichen Arbeiter in der Maschinen- und Metallindustrie Schwedens 7 Prozent mehr als in der Schweiz für Berufsarbeiter, 10 Prozent mehr für Hilfsarbeiter und 11 Prozent mehr für Handlanger. (Für Norwegen werden sogar Löhne mitgeteilt, die um 21 bis 26 Prozent höher sind als bei uns.) Da die Kaufkraft der Krone ungefähr dieselbe ist wie diejenige des Franken, eher etwas höher, so kann man diese Zahlen zum Vergleich heranziehen.

Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre hat die schwedische Inlandwirtschaft ungemein befruchtet. Deshalb blickt man allfälligen künftigen Störungen der Weltwirtschaft ohne grosse Besorgnis entgegen, da man in der innern Wirtschaft eine grosse Reserve besitzt, um solche Stösse aufzufangen. Als Folge der erfolgreichen Politik und der Verständigung zwischen Arbeitern und Bauern ist auch eine Beruhigung des sozialen und politischen Lebens eingetreten, die wiederum günstig zurückwirkt auf die Wirtschaft.